



Gabriele C. Klug
Stadtkämmerin der Stadt Köln
Vorsitzende

**Verband der bündnisgrünen
Kommunalen Wahlbeamtinnen
und Wahlbeamten Deutschlands e.V.**

c/o GAR NRW
kommunalpolitische Vereinigung
Jahnstr. 52
40215 Düsseldorf
Tel 0211-38476-13

Stadtverwaltung Köln
0221 221 25936
E-mail: post@gruenkom.de

Wir fordern:

Aktionsplan für saubere Luft - Kommunen unterstützen

Auf kommunaler Ebene versuchen wir seit vielen Jahren die Luft in unseren Innenstädten zu verbessern, mit gutem Grund. Die europäische Umweltagentur weist seit Jahren darauf hin, dass in Deutschland tausende Menschen vorzeitig an den Folgen erhöhter Stickoxid-Konzentrationen sterben. Trotz einer Vielzahl von Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität wird derzeit immer noch in 43 deutschen Städten der Jahreshgrenzwert von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter bei Stickoxiden überschritten. Unsere ehrgeizigen Luftreinhaltepläne haben zwar Erfolge beim Feinstaub erzielt, aber nicht beim Stickstoffdioxid, sehr zur Überraschung der kommunalen Planer. Aufgrund der europäischen Vorgaben zu Abgaswerten, war durch die übliche Anzahl von Neuwagen mit einer erheblichen Reduktion auch beim Stickstoffdioxid zu rechnen. Jetzt ist klar, warum die Grenzwerte trotz der kommunalen Anstrengungen nicht weiter gesenkt werden konnten. Die Emissionswerte auf den Prüfständen haben in der Regel wenig mit dem Schadstoffausstoß im echten Straßenverkehr zu tun. Ein Großteil der innerstädtischen Stickoxidemissionen stammen aus den Dieselabgasen, die nicht den Herstellerangaben entsprechen, sondern durch Betrugsmanöver die Luft vor allem in unseren Innenstädten belasten und damit die Gesundheit der BewohnerInnen nach wie vor erheblich gefährden. Die bisherigen kommunalen Anstrengungen konnten auf Grund dieses Betrugs der Dieselhersteller nicht zum Ziel führen. Und der Bund hat die gesundheitlichen Gefahren, die von Diesel-Verbrennungsmotoren im Straßenverkehr ausgehen auf fahrlässige Weise verharmlost und die Kommunen im Stich gelassen. Aber nicht der Bund wird beklagt, sondern die Städte - allen voran Stuttgart auf Einhaltung ihres Luftreinhalteplans und der Grenzwerte.

Wir rufen daher den Bund und die Autohersteller auf, endlich Verantwortung zu übernehmen. Sie sind in der Pflicht, die Kommunen bei ihrem Kampf für saubere Luft und umweltfreundliche Mobilität zu unterstützen.

Was wir brauchen, ist ein Aktionsprogramm für unsere Städte. Wir brauchen ein finanziertes Programm

- für die Umstellung unserer Busse auf emissionsfreie Bussysteme und die kurzfristige Nachrüstung mit Stickstoffdioxidfilteranlagen
- zur Umstellung unserer städtischen Fuhrparks auf emissionsfreie Fahrzeuge
- zum Aufbau einer Ladeinfrastruktur im öffentlichen Raum, in Parkhäusern und an Einkaufszentren, bequem nutzbar mit einer Karte
- zum Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur
- für Modellstädte, die für innerstädtische Lieferdienste auf der „letzten Meile“ künftig nur noch emissionsfreie Fahrzeuge zulassen wollen
- für Carsharinganbieter zur Umstellung auf E-Fahrzeuge

Aus Sicht unserer Kommunen fordern wir:

- Die Einführung der Blauen Plakette durch die Bundesregierung.
- Die technische Nachrüstung von Dieselfahrzeugen bei Kostenübernahme durch die Verursacher vornehmen zu lassen.
- Eine Marktanzreizprogramm für E-Mobilität mit klarer Lenkungswirkung (Kaufzuschuss 5000€ für E-Autos und 2000 € für verbrauchsarme Plug-in-Hybrid Autos unter 50g Co² gegenfinanziert durch Steuer für PKWS abhängig vom CO² Ausstoß) insbesondere für Taxiunternehmen und innerstädtische Pflegedienste.
- Die umgehende Einhaltung der Emissionsgrenzwerte bei neu ausgelieferten Pkw einzufordern.
- Das „Diesel-Privileg“ zu hinterfragen und steuerliche Anreize zur Förderung einer umweltfreundlichen Mobilität zu setzen.
- Eine Verkehrspolitik, die weniger auf das Auto fixiert ist und mittels einer grünen Mobilitätswende wie in anderen europäischen Nachbarländern ermöglicht, bis 2030 aus dem Verbrennungsmotor auszusteigen.

Über diese unmittelbar erforderlichen Initiativen hinaus besteht Bedarf an der Entwicklung einer nachhaltigen Mobilität. Dazu ist ein gesamtgesellschaftlicher, technologie-offener Diskurs erforderlich, der zu einer schrittweisen Veränderung der Forschungsförderung, der wirtschaftlichen Anreize und der Infrastruktur-Entwicklung im Verkehrssektor führen muss. Dazu sind Eckpunkte und Arbeitsschritte auf nationaler wie auf europäischer Ebene zu entwickeln.

Als Initiatoren:

Harald Bayer, Wuppertal
Dr. Manfred Beck, Gelsenkirchen
Dorothee Dubrau, Leipzig
Wolfgang Erichson, Heidelberg
Christof Fink, Oberursel
Kathrin Hoyer, Erfurt
Anne Janz, Kassel
Dr. Franz Kahle, Marburg
Albrecht Kündiger, Kelkheim
Dr. Joachim Lohse, Bremen
Joachim Lorenz, München
Holger Matthäus, Rostock
Gudrun Monat, Mühlheim am Main
Hep Monatzeder, München
Gisela Nacken, Aachen
Christof Nolda, Kassel
Frank Otte, Osnabrück
Adil Oyan, Bensheim
Peter Pätzold, Stuttgart
Boris Palmer, Tübingen
Jochen Partsch, Darmstadt
Denis Peisker, Jena
Dr. Peter Pluschke, Nürnberg
Dr. Harald Rau, Köln
Anja Ritschel, Bielefeld
Dr. Dieter Salomon, Freiburg
Birgit Simon, Frankfurt
Peter Todeskino, Kiel
Gerda Weigel-Greilich, Gießen
Werner Wölfle, Stuttgart
Gabriele C. Klug, Köln, Vorsitzende Grünkom

Dies ist eine Initiative von Grünkom e.V. – Diese Initiative ist offen für weitere UnterstützerInnen.

Grünkom ist der Fachverband der hauptamtlichen bündnisgrünen und grünennahen kommunalen Wahlbeamtinnen und Wahlbeamten und repräsentiert mehr als 100 OberbürgermeisterInnen, BürgermeisterInnen, Beigeordnete aus allen Bundesländern.